

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

16. WP - 15. Sitzung

am Mittwoch, dem 8. März 2006, 14 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Axel Bernstein (CDU)

Claus Ehlers (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Herlich Marie Todsén-Reese (CDU)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Detlef Buder (SPD)

i. V. von Sandra Redmann

Ulrike Rodust (SPD)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Günther Hildebrand (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume über den aktuellen Stand in Sachen Vogelgrippe	5
2. Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg und die Fortführung der in den Jahren 1960 beziehungsweise 1962 eingerichteten Förderfonds	8
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/435 (neu)	
hierzu: Umdrucke 16/518, 16/559, 16/560	
3. a) Kinder- und Jugend-Aktionsplan Schleswig-Holstein	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/416	
b) Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - § 47 f Gemeindeordnung	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/537	
4. Landwirtschaftliche Sozialversicherung	10
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/585	
5. Zukunftsfähige Energiepolitik für Schleswig-Holstein	11
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/581	

- | | | |
|-----------|---|-----------|
| 6. | Beschlüsse der 19. Veranstaltung Jugend im Landtag | 12 |
| | Umdruck 16/481 | |
| 7. | Terminplanung für das zweite Halbjahr 2006 | 13 |
| | Umdruck 16/615 | |
| 8. | Verschiedenes | 14 |

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume über den aktuellen Stand in Sachen Vogelgrippe

AL Börner berichtet, am 23. Februar habe es erste H5N1-Befunde in Timmendorfer Strand und in Neustadt gegeben, am 1. März bei einem Schwan auf Fehmarn, bei dem die Endtypisierung noch nicht gelungen sei. Vorsorglich sei auch auf Fehmarn ein Sperr- und Beobachtungsgebiet ausgewiesen worden. Am 4. März habe es zwei weitere Fälle, und zwar in Hohwacht und im Kreis Plön, gegeben. Am 8. März sei der Virus bei einem Greifvogel auf Fehmarn nachgewiesen worden.

Insgesamt seien 1.133 Vögel untersucht worden. Das gefundene Ergebnis sei ein Indiz dafür, dass es bisher keine flächenhafte Epidemie gebe. Man habe es vielmehr mit isolierten Einzelbefunden zu tun.

Gleichzeitig seien die Anstrengungen darauf konzentriert worden, möglichst schnell möglichst viele tote Vögel aus der Fläche zu entfernen. In dem Kreisveterinäramt in Neumünster werde sieben Tage in der Woche gearbeitet, sodass alle Proben zeitnah untersucht werden könnten.

Sehe man sich die Entwicklung an, werde deutlich, die Strategie, möglichst viele Tiere aus der Fläche zu entfernen, sei die richtige. Dabei müsse im Auge behalten werden, dass man sich auf ein lang anhaltendes Geschehen einrichten müsse.

Die Zusammenarbeit mit den Kreisen sei seit Herbst intensiv vorbereitet worden. Es sei ein Tierseuchenbekämpfungshandbuch erschienen. Der Ablauf sei in allen Kreisen gleich, sodass es hier nicht zu Verwirrungen kommen könne.

Zum Thema Zuständigkeit gebe es eine Aussage der drei norddeutschen Landwirtschaftsminister. Sie hätten gemeinsam festgestellt, ohne die Zuständigkeit der Kreise und Städte vor Ort sei das Ganze nicht zu bearbeiten. Insofern halte er eine Verlagerung für falsch. Es gehe darum, vernünftig zu koordinieren und zusammen mit den Kreisen vorzuarbeiten.

Abg. Ehlers bedankt sich für das bisher geleistete Krisenmanagement und fragt, ob es Erkenntnisse über Infektionswege gebe. - Herr Heilemann antwortet, selbst bei dem Eintrag aus Rügen gebe es keinen ganz klaren Weg. Einer der ersten Singschwäne habe einen Ring aus dem Baltikum gehabt. Deshalb gehe man davon aus, dass man es mit einem Winterfluchtphänomen zu tun habe. Die Tiere suchten nach neuen Möglichkeiten mit ausreichender Futtergrundlage auch abseits ihres üblichen Territoriums. Zu beobachten sei daneben aber auch ein Übergang in die Standpopulation hinein.

Abg. Hentschel möchte wissen, wie die Infektion eines Mäusebussards möglich sei. - Herr Heilemann legt daraufhin dar, bekannt sei, dass sich das Virus in der Fläche vier bis sechs Wochen halte. Es sei dann zunächst einmal gefährlich für Schwäne, dann für andere Wasservögel. Bekannt sei auch, dass Greifer dazu neigten, das Virus in ihrem Körper anzureichern. Auf diesem Wege könnten sich Greifer und Aasfresser infizieren.

Abg. Rodust stellt Fragen zu den Themen Impfen, Aufstallungspflicht und Katzen.

Herr Heilemann antwortet, die derzeit übliche Impfung sei nicht unbedingt eine Schutzimpfung. Die zur Verfügung stehenden Impfstoffe seien geeignet, die Virusvermehrung im Tier zu mindern, aber nicht abzustellen. Auch könnten bei geimpften Tieren keine Parallelinfektionen verhindert werden; diese würden aber nicht mehr entdeckt. Der Impfstoff entspreche auch insofern nicht den Erwartungen, als er intramuskulär gespritzt werden müsse. Außerdem sei es nur für Hühnervögel getestet. Das mache einen Einsatz bei Zoovögeln schwierig. Beim Einsatz eines Impfstoffes sei wünschenswert, den Impfvirus vom Feldvirus unterscheiden zu können. Das sei hier nicht möglich. Nach Aussagen von Wissenschaftlern werde ein derartiges Virus in etwa zwei bis drei Jahren zur Verfügung stehen.

Derzeit werde die Strategie verfolgt, Kontakte zwischen Wildvögeln und in heimischer Umgebung gehaltenen Vögeln zu verhindern. Dazu müsse eine Trennung herbeigeführt werden. Eine Alternative zur Aufstallung sei die Volierenhaltung.

Die bisher angeordneten Sofortmaßnahmen gälten bis April auf der Basis der nationalen Eilverordnung.

Er wendet sich sodann den Katzen zu und merkt an, man müsse davon ausgehen, dass sich das Geschehen in einem Epidemiebereich ereigne. Die Kreise seien angewiesen, alles, was auffällig sei, zu untersuchen. Das beziehe sich nicht nur auf Katzen, sondern auch auf andere Tiere, bei denen es eine Grundempfindlichkeit gebe, beispielsweise Marder.

Zu der Frage, ob Katzen vermehrt in Tierheimen abgegeben würden, legt er dar, es häuften sich Meldungen, dass Katzen in Tierheime gebracht würden. Eine exakte Zahl könne er nicht nennen. Das kleinere Problem seien die Katzen, die im Haus gehalten würden und nur ab und zu rausgingen. Das größere Problem sei die Menge an wilden und halbwilden Katzen insbesondere auf dem Land. Hier müsse man gegebenenfalls auf die Regelung im Jagdrecht verweisen.

Abg. Todsens-Reese erkundigt sich nach dem Monitoring.

Herr Heilmann führt dazu aus, das Wildvogel-Monitoring laufe bereits seit 2003 und werde jetzt auf weitere Vogelarten ausgeweitet. Untersuchungen erfolgten zum Teil an Tieren selbst, aber auch anhand von Kotproben. Die in diesem Zusammenhang interessanten Influenzastämme seien bisher nur selten oder sporadisch vorgekommen, hoch pathogen seien sie bisher noch nicht nachgewiesen worden. Das bedeute aber nicht, dass das Vorhandensein des Erregers ausgeschlossen werden könne. Neben dem Wildvogel-Monitoring werde nunmehr auch ein Todvogel-Monitoring eingerichtet.

Auf Fragen des Abg. Hentschel hinsichtlich der 10-km-Schutzzone und dem Aufsammeln von Vögeln macht AL Börner deutlich, im Sperrgebiet bestehe für 21 Tage ein Verbringungsverbot von Geflügel aus Geflügel haltenden Betrieben in Geflügel haltende Betriebe. Bisher seien in den Sperrgebieten - so AL Börner auf eine eingeworfene Frage des Abg. Ehlers - keine Großbetriebe angesiedelt gewesen. Rassegeflügelschauen - so Herr Heilemann auf eine Frage des Abg. Dr. Höppner - seien innerhalb dieses Gebietes untersagt.

AL Börner bezieht sich sodann auf Fragen des Abg. Hentschel hinsichtlich der Organisation beim Einsammeln von Vögeln. Es habe - so merkt er an - sicherlich durchaus an einigen Stellen Anfangsschwierigkeiten gegeben. Inzwischen hätten aber Schulungen stattgefunden; eine Ausstattung mit Material, beispielsweise Schutzanzügen, sei erfolgt. Eine der wesentlichen Quellen für Tierfunde seien Meldungen aus der Bevölkerung. Nicht angeordnet worden sei eine flächendeckende Bestreifung. An besonders neuralgischen Punkten hätten Befliegungen stattgefunden. Die Veterinäre in den Kreisleitstellen seien ständig zu erreichen. Herr Heilemann ergänzt, der 10-km-Radius ergebe sich aus der nationalen Umsetzung einer EU-Entscheidung.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg und die Fortführung der in den Jahren 1960 beziehungsweise 1962 eingerichteten Förderfonds

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/435 (neu)

(überwiesen am 15. Dezember 2005 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Umwelt- und Agrarausschuss und den Europaausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/518, 16/559, 16/560

Der Ausschuss schließt sich dem Votum des Innen- und Rechtsausschusses mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme des Vertreters von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an und empfiehlt dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Kinder- und Jugend-Aktionsplan Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/416

(überwiesen am 27. Januar 2006 an den **Sozialausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

b) Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - § 47 f Gemeindeordnung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/537

(überwiesen am 27. Januar 2006 an den **Sozialausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/416, zur Kenntnis.

Die Beratung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/537, stellt der Ausschuss zunächst zurück.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/585

(überwiesen am 22. Februar 2006 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und
den Sozialausschuss)

Der Ausschuss kommt überein, sich mit diesem Antrag in seiner nächsten Sitzung zu beschäftigen. Dazu soll Herr Petersen von der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung Schleswig-Holstein und Hamburg eingeladen werden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Zukunftsfähige Energiepolitik für Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/581

(überwiesen am 24. Februar 2006 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Der Ausschuss schließt sich dem Votum des federführenden Wirtschaftsausschusses an und nimmt den Bericht der Landesregierung einstimmig zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Beschlüsse der 19. Veranstaltung Jugend im Landtag
Umdruck 16/481

hierzu: Umdruck 16/642

Der Ausschuss nimmt die Beschlüsse der 19. Veranstaltung Jugend im Landtag zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Terminplanung für das zweite Halbjahr 2006

Umdruck 16/615

Der Ausschuss legt die Sitzungstermine für das zweite Halbjahr 2006 fest:

Mittwoch, 30. August, 14:00 Uhr

Donnerstag, 21. September, 9:30 Uhr (Besuch der NORLA)

Mittwoch, 27. September, 14:00 Uhr

Mittwoch, 4. Oktober, 14:00 Uhr (Finanzausschuss gemeinsam mit Umwelt- und Agrarausschuss, Haushaltsberatung)

Mittwoch, 15. November, **12:00 Uhr**

Mittwoch, 6. Dezember, 14:00 Uhr

Freitag, 19. Januar, bis Montag, 22. Januar 2007, Besuch der Grünen Woche in Berlin.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende erinnert an das geplante Neujahrsessen gemeinsam mit dem Minister am 23. März 2006, 18 Uhr.

Der Vorsitzende teilt mit, dass das vom Ausschuss erbetene Fachgespräch mit Herrn Jacobsen (SIC) mit Vertretern des MLUR und des ALR Husum am 10. April 2006, 9:30 Uhr beim Amt für ländliche Räume in Husum, Raum 202, geplant sei. An diesem Gespräch wird auch Professor Oumeraci (TU Braunschweig) teilnehmen. Ein von Professor Oumeraci erstelltes Gutachten zum Thema „Sanddrainage für den Küstenschutz“ wird den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Hildebrand regt an, die nächste Sitzung vor dem Hintergrund der geplanten Ausweisung eines Naturschutzgebietes im Tierpark Eekhold durchzuführen. - Abhängig vom Verfahrensstand der Ausweisung wird der Ausschuss gegebenenfalls am Rande der nächsten Plenartagung zusammentreten, um über die Anregung des Abg. Hildebrand zu entscheiden.

Abg. Hentschel bittet um Übermittlung des Entwurfs des Landesnaturschutzgesetzes der Landesregierung.

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 14:50 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin